



Aktueller Begriff - Europa

Die Europäische Union unter polnischer Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli 2011 hat Polen von Ungarn die EU-Ratspräsidentschaft für das zweite Halbjahr 2011 übernommen. Das jüngst veröffentlichte Präsidentschaftsprogramm orientiert sich an den drei Themenkreisen **Europäische Integration als Quelle des Wachstums**, ein **sicheres Europa – Lebensmittel, Energie und Verteidigung** sowie **Europa profitiert von Offenheit**. Durch diese Schwerpunktsetzung soll die EU auf den Weg zu einer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung gebracht werden.

Als oberste Priorität seiner Ratspräsidentschaft betrachtet Polen die **Förderung des wirtschaftlichen Wachstums**, um künftigen Krisen vorzubeugen. Um die Folgen der Wirtschaftskrise zu bewältigen, müsse die Zusammenarbeit und Kooperation innerhalb der EU intensiviert werden. Wesentliche Voraussetzung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sei hierbei die **Neuordnung und Vertiefung des Binnenmarktes** auf der Grundlage der von der Kommission im Oktober 2010 vorgestellten **Binnenmarktakte**. Das mit der Akte geschnürte Paket soll anhand von 12 Maßnahmen bis 2012 zu Verbesserungen bei der Mobilität der Arbeitnehmer, den Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), dem Verbraucherschutz sowie bei digitalen Inhalten, Steuern und transeuropäischen Netzen führen. Besonderen Wert legt die polnische Präsidentschaft zudem auf den Abbau von Barrieren für **Online-Transaktionen** durch die **Schaffung eines Europäischen Vertragsrechts**, das mit den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten als „28. Rechtssystem“ optional angewendet werden kann. Die Implementierung des **Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020**, in dem für die nächsten sieben Jahre der Gesamtumfang des EU-Haushalts festgelegt wird, stelle ebenfalls eine unerlässliche Voraussetzung für ein europaweites Wirtschaftswachstum dar. Die Präsidentschaft werde bei den Verhandlungen auf Basis des Kommissionsvorschlages besonders auf eine verbesserte Leistungsfähigkeit der künftigen EU-Kohäsionspolitik hinwirken. Ein weiterer wichtiger Aspekt der europäischen Integration als Quelle des Wachstums sei eine **verbesserte Zusammenarbeit in der Bildungspolitik**. Hierbei wolle man insbesondere für eine Modernisierung der Universitäten werben und sich für eine Förderung der innereuropäischen Mobilität von Studenten durch Programme wie Erasmus engagieren.

In Bezug auf den zweiten Themenkreis des **sicheren Europas** will man sich unter polnischer Präsidentschaft insbesondere der finanzpolitischen Sicherheit widmen. Eine nachhaltige wirtschaftspolitische Steuerung soll durch die Durchsetzung des **Stabilitäts- und Wirtschaftspaktes** und die Verabschiedung des Legislativpakets zur wirtschaftspolitischen Steuerung erreicht werden. Polen kündigt diesbezüglich auch an, Vorschläge zur **Verbesserung der Regulierung der**

Nr. 08/11 (08. Juli 2011)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Finanzmärkte unterstützen zu wollen.

Im Bereich der **inneren Sicherheit** plant Polen, die Arbeiten an der Umgestaltung der sog. **Frontex-Verordnung** abzuschließen, mit der das Tätigkeitsfeld der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union festgesetzt wird. Die Überarbeitung der Verordnung dient dazu, die besonders betroffenen Mitgliedstaaten in Krisensituationen bei der Sicherung der EU-Außengrenzen besser zu unterstützen. Mit der Bekämpfung illegaler Einwanderung soll jedoch gleichzeitig die Förderung legalen Zugangs und die Stärkung der Freizügigkeit innerhalb des Schengenraums einhergehen. Als weiteren Beitrag zur Sicherheit in der EU sieht die polnische Ratspräsidentschaft eine **stabile und langfristige Energiestrategie** an. Im Zuge dessen soll auf die Verabschiedung des **Energieeffizienzplanes** der Kommission hingearbeitet werden. In der **Agrarpolitik** strebt die polnische Ratspräsidentschaft an, die Diskussionen über ein neues, allein auf objektiven Kriterien basierendes System von Direktzahlungen in die entscheidende Phase zu führen. Dabei sollen die Ziele der Strategie „Europa 2020“ und die Grundsätze der Kohäsionspolitik eine entscheidende Rolle spielen. Die polnische Ratspräsidentschaft will zusammen mit dem **Europäischen Auswärtigen Dienst** auf die Entwicklung einer **Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik** hinarbeiten. Angestrebt wird, die EU in die Lage zu versetzen, in Krisensituationen angemessen und schnell reagieren zu können.

Schließlich setzt die polnische Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf die **Offenheit der EU**. Europa profitiere von einer größeren **Offenheit zu Drittländern**, sowohl ökonomisch als auch politisch. Insbesondere soll die **Weiterentwicklung der östlichen Partnerschaft** gefördert werden, deren Ziel darin liegt, die Länder Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, Ukraine und Weißrussland näher an die EU heranzuführen. Im September 2011 veranstaltet die EU das Gipfeltreffen der östlichen Partnerschaft in Warschau, auf dem die Zusammenarbeit mit den östlichen Partnern in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht vertieft werden soll. Einen weiteren Themenschwerpunkt bildet die Einführung der Visafreiheit in Bezug auf diese Länder. Für die **Beziehung zu Russland** soll während der polnischen Präsidentschaft eine neue Rahmenvereinbarung für eine verbesserte Kooperation geschlossen werden. Insgesamt setzt sich die Präsidentschaft das Ziel, die **EU-Erweiterung** als wichtiges strategisches Projekt der EU voranzubringen. Dazu soll der Beitrittsvertrag mit **Kroatien** finalisiert und unterzeichnet werden. In den Beitrittsverhandlungen mit der **Türkei** sollen drei weitere Kapitel eröffnet werden. Auch in der Handelspolitik beabsichtigt die Präsidentschaft eine Fokussierung auf mehr Offenheit. So werden unter anderem Verhandlungen über **umfangreiche Freihandelsabkommen** mit den Ländern Moldau, Georgien und Ukraine angestrebt bzw. weitergeführt. Der internationale Handel soll ebenfalls durch weitere Abkommen mit Indien sowie den Mercosur-Staaten – einem Wirtschaftsverbund der vier südamerikanischen Länder Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay – gefördert werden. Für die 8. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation im Dezember 2011 wird die Ausarbeitung einer gemeinsamen Agenda angestrebt, um auf internationaler Ebene als EU mit einer Stimme sprechen zu können. Schließlich soll eine gemeinsame Position der EU für die Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Durban im Dezember 2011 entwickelt werden.

Quelle:

- Programm der polnischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union (in englischer Sprache verfügbar): http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/o_prezydencja/programme_of_the_polish_presidency_of_the_council_of_the_eu.pdf